

Die englischen Kommunisten im Wahlkampf

London, 8. Oktober 1931. Der Wahlkampf in England ist in vollem Gange. An ihm nehmen diesmal statt der traditionellen drei Parteien sieben Parteien teil: die „nationalen“ Konservativen, die etwa 500 Kandidaten aufstellen, die „nationalen“ Arbeiterpartei, d. h. die Anhänger MacDonalds, mit 200 Kandidaten, die „nationalen“ Liberalen (Gruppe Simon) mit 30 Kandidaten; in der „Opposition“ stehen die „Labour“ Partei mit 500 Kandidaten, die Liberalen um Lloyd George mit 50 Kandidaten und die Kommunisten, eine unklare Haltung nimmt die sozialistische Mosley-Partei mit 18 Kandidaten an.

Auf dem Parteitag der Labourpartei in Scarborough, der gestern seinen Abschluß fand, wurde eine Resolution, die sich gegen die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer bürgerlichen Regierung und gegen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung einsetzt, auf Antrag Hendersons abgelehnt.

Das Journalorgan der K.P. Englands, „Daily Worker“, nimmt zu den Wahlen in einem Leitartikel Stellung, in dem es u. a. heißt:

„Was immer sie auch sagen mögen, wie immer sie auch manövrieren mögen, die drei kapitalistischen Parteien — Liberale, Konservative und Arbeiterpartei — sind alle für Lohnraub, für die Rettung des kapitalistischen Systems durch Ausraubung der Arbeiter, im gegenwärtigen Augenblick vor allem der Arbeitslosen. Und in diese Reihe kapitalistischer Parteien gehört auch die „Unabhängige Arbeiterpartei“, deren Führer die Wohlfahrt der Arbeiterpartei voll und ganz unterföhren. Die letzte Nummer des „New Leader“ beschreibt diese Wahlpolitik als den „Sammelboden für die Gesamtheit der wertvollen Klassen.“

Alle drei Parteien sind für Lohn- und Interaktionskürzungen. Sie müssen für die Kürzungen sein, weil sie für den kapitalistischen System eintreten, und der Kapitalismus nur durch die Ausbeutung der Massen leben kann. Kürzungen und wieder Kürzungen, Kürzungen auf Umwegen, unmittelbare Kürzungen, Entwertung des Pfunds und dann höhere Preise, Hölle und Inflation. Das ist ihre „Lösung“ der Krise.“

Wie soll die kapitalistische Krise gelöst werden? Auf dem Wege der Arbeiterklasse oder auf dem kapitalistischen Wege? Das ist die Frage dieser Wahlen.

Die kommunistische Partei kämpft für den Ausweg der Arbeiterklasse aus der Krise, und die Etappe dieses Kampfes ist heute Mobilisierung jedes Mitglieds der Arbeiterklasse im Kampf zur Zurückschlagung der kapitalistischen Offensiv und der Kürzungen. Nur durch den Kampf für die Lösung „Keinen Pfennig Abbau!“ wird es der Arbeiterklasse möglich sein, ihre Reihen zu stärken und zu den schwereren Kämpfen zu rufen, die bevorstehen.

„Keinen Pfennig Abbau!“ Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die diese Lösung aufstellt und für sie kämpft. Was die Bedeutung und der Erfolg des Einheitsfrontkampfes auf dieser Grundlage kann bereits von allen gesehen werden. Wie sind die 100.000 Arbeiter in Glasgow zur Aktion aufgeboten worden? Durch die fünf Punkte der Lösung „Keinen Pfennig Abbau!“ und durch die Organisation des Massenprotestes auf den Straßen für diese Forderungen.

Dies ist ein Kampf, der weiter gehen und sich zu höheren Stufen entwickeln muß, zur Eindeutigkeit zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, gegen die kapitalistische Offensiv, und dazu, daß jede Forderung zu einer Hoheburg des Kampfes der Arbeiterklasse werde.

Die kapitalistischen Parteien hoffen, daß die Wahlkampagne die Massenbewegung auf harmlose parlamentarische Geleise ablenken werde. Aber dies ist keine gewöhnliche Wahl. Sie beginnt damit, daß Massen von Arbeitern einsehen, daß der Klassenkampf der einzige Weg nach vornwärts ist. Küßt die Wahlen dazu aus, für eine revolutionäre Politik der Arbeiterklasse zu kämpfen, und verläßt hundertfach den Massenkampf gegen die Kürzungen in den Betrieben, auf den Arbeitsschweifen und auf der Straße!“

Japan plant Vorstoß nach dem Norden

Weitere 19 Kriegsschiffe nach China — Wachsende Erbitterung der chinesischen Massen gegen die verräterische Nankingregierung

Peking, 8. Oktober. Nach englischen Presse-meldungen hat das japanische Oberkommando beschlossen, seine Okkupation nach der Nordmandschurei auszudehnen. Mehrere Truppenabteilungen und viele Flugzeuge wurden nach Tschangtzu entsandt.

Die japanische Flottenleitung hat 19 Kriegsschiffe den Befehl erteilt, nach chinesischen Häfen in See zu gehen, und zwar fünf Kriegsschiffe nach Schanghai, zwei Kriegsschiffe nach Hankau und je eines nach Nanking, Port Arthur und verschiedenen anderen Küstenstädten.

Der „Daily Telegraph“ meldet, die Nanking-Regierung habe die Großmächte auf Grund des Kellogg-Paktes ersucht, zu intervenieren. Zwischen den Unterzeichnermächten des Paktes sollen gegenwärtig Verhandlungen mit dem Ziel eines freundschaftlichen (!) und gemeinschaftlichen Schrittes in Tokio und Nanking stattfinden.

Der japanische Botschafter handigte der Nanking Regierung eine neue Note ein, in welcher „wirksame Maßnahmen“ seitens

Japans angedroht werden, wenn die Nanking Regierung keine Maßnahmen gegen die antijapanische Agitation ergreift.

Die Note Japans wird als eine Unterbrechung der Erweiterung der japanischen Okkupation angesehen. Sie hat in den Kreisen der herrschenden Nanking Clique Bestürzung hervorgerufen. Die Kuomintang ist zu jeglichem Zugeständnis bereit. Die japanischen Geschäfte sind auf Schanghai gerichtet. Die Nanking Regierung magt nicht, an einen Widerstand gegen die Imperialisten zu denken.

In Schanghai hatte die Kuomintang im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Mandschurei zu einer Kundgebung aufgerufen, an der über 60.000 Personen teilnahmen. Diese Kundgebung verwandelte sich in eine Kuomintangfeindliche Demonstration, welche gegen die Politik der Nanking Regierung gerichtet war. Die Demonstration nahm scharfe Formen an, wobei Offiziere der Nanking Armee von den Demonstranten mißhandelt wurden. Auch der Vorsitzende der Kundgebung wurde von den Demonstranten verprügelt.

Wie die Schanghaier Blätter berichten, traten auch kommunistische Redner in dieser Kundgebung auf.

Panik an der Pariser Börse

Senfationelle Kursstürze — Inflationische Vermehrung des Notenumlaufs in Amerika

Paris, 8. Oktober. — Die Pariser Börse stand gestern im Zeichen einer panikartigen Walfse. Den unmittelbaren Anlaß gab die am Vormittag veröffentlichte Bilanz des Bank von Frankreich, die eine Vermehrung des Notenumlaufs um 3,3 Milliarden und eine Verminderung der Golddeckung von 57,02 auf 55,84 Prozent aufweist.

Die hierdurch hervorgerufene Unruhe steigerte sich zur Panik, als aus Amerika konkrete Nachrichten über bevorstehende große Bankzusammenbrüche bekannt wurden. Darauf setzte ein ungeheures Angebot von Werten ein, dem keinerlei Nachfrage gegenüberstand. Alle Aktienwerte wiesen katastrophale Kursstürze auf. Die Aktien der Bank von Frankreich sanken um 1050 Franken.

Gleichzeitig setzte ein Sturm auf die Bank von Frankreich ein, der ohne Beispiel dasteh. Aus Furcht vor einer Inflation will jeder Devisen- oder Noten-

besther seine Papiere gegen Gold eintauschen. Die Regierung bedarf über Maßnahmen zur Eindämmung dieses Bankensturms.

Aus Amerika kommen Tag für Tag neue alarmierende Nachrichten. Die Staatsbanken haben, um den Goldabfluß zu hemmen, den Diskontsatz von 1½ auf 2½ Prozent erhöht. In Philadelphia haben in den letzten zwei Tagen sechs größere Banken ihre Schalter geschlossen. Nach amtlichen Mitteilungen sind in dem am 31. August abgelaufenen Jahre bereits 1888 Banken mit 1,3 Milliarden Dollar Einlagen zusammengebrochen.

Der Notenumlauf der Staatsbank ist von 1,37 Milliarden auf 2,09 Milliarden angewachsen. Gleichzeitig sind die „freien Goldreserven der Staatsbanken auf 1,47 Milliarden zusammengeschrumpft“. Da die für die Notenbedeckung reservierte Goldmenge, die mit 1,66 Milliarden besetzt wird, nicht vergrößert wurde, ist bei der ungeheuren Vermehrung des Notenumlaufs die Inflation in Amerika bereits angebrochen.

Willas wiedergewählt

Otto Bauers „kleineres Uebel“

Wien, 8. Oktober. Die Wiener Bundessammlung (Nationalrat und Bundesrat) wählte heute mit 108 Stimmen der Christlich-Sozialen, der Großdeutschen und des Landbundes den bisherigen Bundespräsidenten Willas auf weitere vier Jahre zum Bundespräsidenten. Die Sozialdemokraten gaben ihre 83 Stimmen für ihren Kandidaten Kenner ab. Die Abgeordneten des Heimatsbundes blieben der Wahl fern.

Die Wiederwahl des exreaktionären klerikalen Bundespräsidenten Willas wurde durch die Haltung der Sozialdemokratie ermöglicht. Gestern beschloß der Verfassungsausschuß des Nationalrats mit den Stimmen der Sozialdemokratie, daß der Bundespräsident nicht durch öffentliche Volkswahl, sondern durch die Bundesversammlung gewählt werden sollte. Mit diesem Beschluß war die Wiederwahl von Willas gesichert. Die Kandidatur von Kenner hatte danach nur noch demonstrative Bedeutung.

Willas ist einer der reaktionärsten Typen der österreichischen klerikalischen Großbourgeoisie. Er war es, der seinerzeit die Staroburg-Baugoin-Regierung berief und stets seine schützende Hand über der klerikalischen Heimwehrbewegung hielt. Um ihren neuen schwächlichen Verrat zu „rechtfertigen“, führt die österreichische Sozialdemokratie nach dem Beispiel der Weis & Co. die berühmte Theorie vom „kleineren Uebel“ ins Feld. Sie erklärt, die Einführung der allgemeinen Volkswahl hätte Seipel ans Ruder gebracht, und dagegen sei Willas das „kleinere Uebel“.

Mit Lenin in Sibirien

Von A. Schapowalow

Copyright by Ropy-Verlag
A Fortsetzung

Lenins Resolution hebt hervor, wie ungeheuer wichtig der Kampf um die Theorie des revolutionären Marxismus ist; sie spricht von der Notwendigkeit, die marxistische Theorie auf die Realität anzuwenden, von der Notwendigkeit, gegen jede Entstellung und Verfälschung des Marxismus vorzugehen. Als Beispiel für diese gefährliche Tendenz nennt er das Bernsteinianerium in Deutschland und das „Crebo“ der Ökonomen Kustowa und Protopowitsch in Rußland.

Das Bernsteinianerium charakterisierte er als einen Versuch, den Marxismus einzuschranken und die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu einer reformistischen zu machen. Er wies nach, daß das „Crebo“ der Ökonomen einfach lag, wenn es behauptete, die westeuropäischen Arbeiter hätten sich nie am politischen Kampf beteiligt; er wies nach, daß das „Crebo“ den Marxismus entstellte, wenn es behauptete, der Marxismus ignorierte den wirtschaftlichen Kampf. Er bezichtigt die Kustowa, sie könne nicht die Vergangenheit der russischen revolutionären Arbeiterbewegung, wenn sie behauptete, die Schaffung einer selbständigen politischen Arbeiterpartei in Rußland wäre nichts weiter als eine Verpflanzung aus fremder Aufgaben auf russischen Boden. Er kennzeichnete die ökonomistische Strömung als einen Versuch, die russische Arbeiterbewegung von ihren direkten historischen Aufgaben in enge ökonomische Bahnen abzulenkten und die Führung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse, der von den Ökonomen als ein „Kampf um Rechtsformen“ ausgegeben wurde, liberal-bürgerlichen Elementen auszuliefern.

Dieser Weg hätte für den russischen Marxismus den politischen Selbstmord bedeutet. Davor warnte Lenin die Genossen und forderte auf zum Kampfe gegen die Tendenzen des „Crebo“. Folgende waren charakterisierte er die Aufgaben der Partei der Arbeiterklasse:

Die russischen revolutionären Marxisten haben die Pflicht, eine selbständige politische revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu schaffen. Diese Partei hat die Aufgabe, die politische

Macht zu erobern und die sozialistische Ordnung zu verwirklichen. Auf dem Wege zu diesem Ziel im Kampfe gegen die Selbstherrschafft übernehmen die russische Arbeiterklasse und ihre Partei die Führung der demokratischen Revolution.

Ausgerüstet mit der Theorie des revolutionären Marxismus und gestützt auf die Fabrikarbeiter und andere Proletariat konzentriert die Partei der Arbeiterklasse die revolutionäre Bewegung der unterdrückten Klassen um sich, fördert sie und verteidigt die Interessen der unterdrückten Völker.

Die ausschlaggebenden Verbündeten der Partei der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Selbstherrschafft sind die Millionen unterdrückten und ruinierten Bauern. Diese muß die Partei an sich heranziehen.

Lenin ging dann auf die wichtigste Frage der Taktik des revolutionären Marxismus, die Taktik des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiterklasse ein. Auch diese Frage hatte das „Crebo“ berührt. Lenin beurteilte sie dialektisch; er sagte, daß je nach den Zeitumständen für die revolutionären Marxisten bald der wirtschaftliche, bald der politische Kampf in den Vordergrund tritt. Der Marxismus sieht in dem geschlossenen Klassenkampf des Proletariats sowohl den wirtschaftlichen als auch den politischen Kampf zusammen.

Hinsichtlich des wirtschaftlichen Kampfes erinnerte er daran, welche Bedeutung Karl Marx diesem schon im Jahre 1840 beigemessen hatte, und verwies auf die Resolution über die Gewerkschaften und über den wirtschaftlichen Kampf, die 1898 unter dem Einfluß von Marx in Genf angenommen wurde; diese Resolution betont, daß die Gewerkschaften, die den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse, den Tageskampf gegen das Kapital leiten, sich nicht abschließen, sich nicht von dem allgemeinen sozialen und politischen Kampf des Proletariats loszurennen dürfen, daß sie vielmehr die Abschaffung der Lohnarbeit anstreben müssen.

Was Rußland anbelangt, so müssen gerade hier, angesichts der absolutistisch-feudalen Unterdrückung, angesichts des Fehlens jeglicher Freiheit, die Aufgaben des politischen Kampfes der Arbeiterklasse in den Vordergrund gestellt werden.

Die Partei des revolutionären Marxismus leht durch ihren Kampf gegen die Selbstherrschafft das ruhmvolle Beginnen der zugrunde gegangenen revolutionären Generationen, vor allem der Partei „Kardnaja Wolja“ unmittelbar fort.

Lenin weist auf die Notwendigkeit hin, die Parteizucht, die konspirativen Traditionen zu festigen, er fordert dazu auf, dem heldenhaften Beispiel der „Kardnaja Wolja“ zu folgen, und brückt die feste Hoffnung aus, daß die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die sich nicht wie das Häuflein Heiden der „Kardnaja Wolja“ auf verhältnismäßig dünne Schichten der russischen Gesellschaft, sondern auf die große und mächtige Arbeiterklasse stütze, in dem bevorstehenden Kampfe gegen und die Ziele des revolutionären Marxismus erreichen werde.

Soweit ich mich erinnere, wurde in der Resolution auch auf die direkte Verwandtschaft zwischen den Ideen des „Crebo“ und denen Bernsteins hingewiesen.

Nur sehr ungern entschloß sich Lenin nach Leningks Rede, diese Stelle zu streichen. Leningk erklärte, daß er sich ganz der Resolution anschloße und ihren Standpunkt restlos teile, daß man aber von einer Verwandtschaft des „Crebo“ der Ökonomen mit Eduard Bernstein nicht gut sprechen könne, da das Buch des letzteren eben erst erschienen und in Rußland nur aus den Besprechungen der Auslandspresse bekannt sei.

Leningk konnte damals nicht glauben, daß ein so hervorragender Schüler von Marx wie Bernstein, der Marx persönlich gekannt hatte, derart die Theorie seines Lehrers verflacht habe. Da er annahm, daß hier eine Uebertreibung vorliege, hat er Lenin, bei der Erwähnung von Bernstein vorsichtiger zu sein.

Lenin, der bereits auf Grund der Besprechungen der Auslandspresse begriffen hatte, daß Bernstein in seinem Kampf gegen die marxistische Lehre sehr weit gegangen war, erklärte, er streiche diese Stelle auf Leningks Wunsch, behauptete aber im übrigen nach wie vor die Verwandtschaft Bernsteins und des „Crebo“.

25 Jahre sind vergangen, seitdem diese Resolution von den verbannten revolutionären Marxisten in Moskau angenommen wurde. Von heute aus gesehen, hat Lenin auch damals in den wichtigsten Punkten unbedingt recht gehabt.

P. Struoc, gegen den Lenin bereits vor 1895, dem Jahre seiner Verhaftung, als gegen einen unzuverlässigen Marxisten Stellung genommen hatte, ist inzwischen beim Monarchismus angelangt. Er hat mit den Weißgardisten gegen die Sowjetmacht gekämpft und steht heute bei Wrangel. (Fortsetzung folgt.)